

Protokoll

des Arbeitskreises UOV / Naturfreunde am 26.08.2020 im Bürgerhaus.

TN: Herr Schmidt, Herr Schauer, Frau Hermann, Herr Dallmann, Herr Neumann, Herr Schnoor, Herr Wensierski, Herr Schwark, Herr Rathje-Juhl, Frau Schaedia, Herr Banaski, Herr Bolz, Herr Huep, Herr Baber, Herr Hartig, Herr Hnrichs.

Der Vorsitzende des Ausschusses für Umwelt, Ordnung und Verkehr hatte im Auftrag des UOV zu dem Arbeitskreis eingeladen. Anlass waren 3 Anträge der Naturfreunde zu den Themen:

1. „Fahrradfreundliche Stadt Büdelsdorf“
2. Beitritt zur Klimaschutzagentur des Kreises
3. Landesgartenschau

Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden des UOV, Herrn Schmidt, erteilt dieser dem Vorsitzenden der Naturfreunde, Herrn Schauer, das Wort. Herr Schauer bedankt sich für die Einladung und begrüßt das Dialogformat des Arbeitskreises.

Zu 1.: „Fahrradfreundliche Stadt Büdelsdorf“

Herbert Schauer:

„Wann ist eine Stadt fahrradfreundlich?“

Der Titel „fahrradfreundliche Stadt“ wäre ein Signal an die Bevölkerung, dass der Vorrang des Kraftfahrzeugverkehrs kein Grundrecht und nicht in Stein gemeißelt ist. Die Klimaveränderungen zwingen uns, nach neuen Wegen zu suchen und alternative Handlungskonzepte zu entwickeln.

Aus diesem Grund hat sich auch das Aktionsbündnis aus Fraktionen in der Stadtvertretung und Naturschutzverbänden gegründet (NaturFreunde, BUND, ADFC).

Wer nachhaltig die Bevölkerung zum Umdenken und Mitmachen anhalten will, muss Mobilität neu denken, u.a.

1. *durch ein erkennbares Leitsystem, eine gute Erreichbarkeit der öffentlichen Einrichtungen, Einkaufszentren und Arbeitsplätze und sichere Schulwegverbindungen.*
2. *Eine entscheidende Rolle für die Akzeptanz von Radwegen insbesondere für Kinder und Jugendliche (und ihrer Eltern) ist die Sicherheit im Straßenverkehr wie z.B. klare Radwegführung durch farbliche Markierungen und Piktogramme, ausreichende Beleuchtungen und Sichtverbindungen an Kreuzungen.*
3. *Last not least geht es um die bauliche Beschaffenheit von Radwegen (Belag, Breite, Zustand, enge Kurven, Höhe der Bordsteine etc.)*

Die Stadt Büdelsdorf hat in ihrem Ortsentwicklungskonzept bereits deutlich gemacht, dass Handlungsbedarf besteht und einige Ziele und Handlungsfelder bereits formuliert:

Zitat aus der Fortschreibung des Ortsentwicklungskonzeptes 6/20:

S. 26: „In Büdelsdorf ist der PKW das dominierende Verkehrsmittel. Ziel ist es, die Auswirkungen und diese Dominanz zu verringern.“

S. 27: Handlungsfelder „Ausbau / Fokussierung der Fuß- und Radwegverbindungen“

S.46: Maßnahmen „Optimierung der parallelen Wegeverbindung im Bereich Neuer Gartenweg“;

Maßnahme Nr. 34 „Aufwertung des Radwegnetzes z.B. durch

- Schaffung von Fahrradstraßen“,
- die „Überprüfung und Verbesserung bestehender Radwege/ Kreuzungspunkte, z.B. in Bezug auf bauliche Beschaffenheit und hinsichtlich der Sicherheit.“

Nach vielen Monaten der Beratungen zum Ortsentwicklungskonzept haben wir somit erkennbar keine Erkenntnisprobleme, sondern erhebliche Handlungsdefizite.

Unsere Forderungen aus dem auf Radtouren und einem Workshop erarbeiteten Maßnahmenpapier liegen den Fraktionen seit mehr als einem Jahr vor. Ich erspare mir daher eine Aufzählung aller einzelnen Positionen und stelle insgesamt 5 Maßnahmen heraus, die wir für absolut dringlich halten und für die uns teilweise auch das Verständnis für weitere Verzögerungen fehlt nachdem nun auch klar ist, dass Anliegerbeiträge nicht anfallen müssen.

1. Verbesserung der Schulweganbindung durch Fahrradstraßen (Neuer Gartenweg etc.)
2. Fahrradfreundliche Ausbau des 1. Rickerter Weges
3. Jährliche Überprüfung, Ausbesserung und Dokumentation der Radwege auf holprige Stellen, Wurzelwerk und Schlaglöcher
4. Entschärfung der Radwegführung vor der Bäckerei Drews
5. Prüfung Tempo 30 in der Neuen Dorfstraße.“

Herr Hartig (SPD) weist darauf hin, dass das Verkehrsgutachten des Wasser- und Verkehrskontors (WVK) zur Einrichtung einer Fahrradstraße und die Stellungnahme der Verkehrsaufsicht des Kreises auf Grund der gemessenen Verkehrsströme und der festgestellten Gefahrensituation für den Radverkehr in der Neuen Dorfstraße einen Handlungsbedarf sehen. Die Ausweisung einer Fahrradstraße auf der Schulwegverbindung Neuer Gartenweg – Am Fischerende würde eine Bündelung des Radverkehrs und eine Verlagerung von einer ungesicherten zu einer sicheren Radwegverbindung bewirken. Die Verlagerung und Bündelung des Radverkehrs gelänge eher, wenn die Alternativstrecke sicherer und schneller wird. Dieses Ziel würde am besten durch die Ausweisung einer Fahrradstraße erreicht. Die Frage, ob in diesem Fall überhaupt für Anlieger Ausbaubeiträge fällig werden, sei inzwischen dahingehend geklärt, dass das Absehen von einer Erhebung von Straßenbaubeiträgen vertretbar wäre. Die Anlieger sollten von der Stadt dementsprechend informiert werden. Herr Hartig appelliert an die CDU und den SSW, ihre Haltung zur Einrichtung einer Fahrradstraße noch einmal zu überprüfen.

Herr Wensierski und Herr Schwark (CDU) äußern Zweifel an der Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit der Fahrradstraße, insbesondere, weil es sich hier nur um ein Teilstück handelt. Anreize für mehr Fahrradverkehr zu schaffen sei in Ordnung und die CDU hätte die Schulradwegsicherung immer ernst genommen.

Herr Hartig (SPD) begrüßt die Ankündigung der Verwaltung, im UOV am 08. September einen Plan zur Fortsetzung des Neuen Gartenweges über die Ahlmannallee hinaus bis zur Ampelquerung Neue Dorfstraße zur Beschlussfassung vorzulegen.

Herr Huep (BWG) betont, dass die Optimierung der Radverkehrssicherheit für seine Fraktion einen hohen Stellenwert habe, deshalb seien sie für die Einrichtung von Fahrradstraßen in Büdelsdorf.

Herr Schnoor (ADFC) wirbt für getrennte Verkehrsflächen für Fahrrad und Fußgänger. Bei zukünftigen Straßenbaumaßnahmen sollten die vorgegebenen Mindestmaße nicht unterschritten werden. Grundsätzlich sollten im Sinne der Verkehrswende zukünftige Straßenbaumaßnahmen zu einer verstärkten Nutzung des Fahrrades besonders im innerstädtischen Bereich motivieren. Die Ampelanlagen sollten für die Erkennbarkeit sich nahender Fahrräder nachgerüstet werden, dadurch würden sich unnötig lange Wartezeiten verkürzen.

Herr Schnoor weiter: Man wisse aus Mobilitätsstudien, dass 20% der Bürgerinnen und Bürger regelmäßig und häufig das Fahrrad benutzen und 20% aus gesundheitlichen oder anderen Gründen selten oder nie. Es komme darauf an, den restlichen 60% die Nutzung des Fahrrads schmackhaft zu machen.

Herr Hartig (SPD): In dem Maße, wie die Radverkehrsanlagen durch mehr Attraktivität und Sicherheit eine höhere Akzeptanz erreichen, wird im Verkehrsverhalten eine merkbare Verlagerung vom Auto auf's Fahrrad erzielt. Dadurch werde die Verkehrssituation in Büdelsdorf entschärft, die Lebensqualität verbessert und ein Beitrag zum Klimaschutz geleistet.

Herr Dallann zöge es vor, wenn die bisherige Dominanz des Autos im Straßenverkehr durch eine Verkehrspolitik gebrochen wird, die die Nutzung des Autos unattraktiv und die Nutzung des Fahrrads attraktiver macht. Das Auto sei gefährlich, das Fahrrad nicht; das Auto stößt Stickoxyde aus, das Fahrrad nicht.

Herr Rathje-Juhl (SSW) regt an, die Neue Dorfstraße als Fahrradstraße auszuweisen, weil sie die kürzeste und damit schnellste Ost-West-Verbindung darstellt. Jugendliche würden immer den für sie schnellsten Weg nutzen. Dagegen erheben sich Bedenken wegen der verkehrsrechtlichen Umsetzbarkeit. Die Neue Dorfstraße ist eine ausgewiesene Ausweichstrecke für die Hollerstraße.

Herr Hartig (SPD) vertritt die Auffassung, dass Jugendliche für ihren Weg zur Schule eher eine ampelfreie und vorfahrtsberechtigte Fahrradstraße als die Neue Dorfstraße nutzen werden, weil sie sie schneller und sicherer zum Ziel führt. Darüber hinaus würden die Schulleitungen und Elternvertretungen eine sicherere Schulwegverbindung bewerben.

Bürgermeister Hinrichs bedankt sich für die Einladung und begrüßt die Einrichtung des Arbeitskreises als nützliches Gesprächsformat. Zu einer guten und vertrauensvollen Zusammenarbeit gehöre auch das deutliche Wort. Er verstehe die Ungeduld, lege aber Wert darauf, dass zur Nachhaltigkeit auch die nachhaltige Finanzierung gehört. Er fragt sich, wie er als Bürgermeister mit den Schlagworten „Klimaneutrale Stadt“ und „Fahrradfreundliche Stadt“ umgehen soll. Welche Ansprüche erheben wir, um selbst gesteckte Ziele zu

erreichen? Welche Maßstäbe sollen gelten? Mit der Straßenverkehrsbehörde habe man einen mächtigen Akteur. Herr Hinrichs begrüßt die Entscheidung der Politik, das Thema Verkehrsentwicklungsplan für die Region mit einer Strategiezeit von 10 – 15 Jahren auf den Weg gebracht zu haben. Man sollte offen an das Thema Verkehrswende herangehen, aber der Umbau der Verkehrsinfrastruktur hin zu mehr Fahrrad- und Fußgängerfreundlichkeit brauche Zeit und müsse finanzierbar sein.

Der Arbeitskreis spricht sich dafür aus, die von Herrn Schauer als dringlich bezeichneten fünf Maßnahmen an den UOV-Ausschuss zur Beratung weiterzuleiten:

- „1. Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr bekräftigt seinen Beschluss zur Verbesserung der Schulweganbindung durch Ausweisung der Strecke `Am Fischerende-Neuer Gartenweg mit Fortführung über die Ahlmannallee bis zur Ampel vor der Heinrich-Heine-Schule` zur Fahrradstraße.
2. Der I. Rickerter Weg wird fahrradfreundlich ausgebaut.
3. Es findet eine jährliche Überprüfung, Ausbesserung und Dokumentation der Radwege auf holprige Stellen, Wurzelwerk und Schlaglöcher statt.
4. Die Radwegführung vor der Bäckerei Drews wird entschärft.
5. Die Einführung von Tempo 30 für die Neue Dorfstraße wird auf Umsetzbarkeit geprüft.“

Zu 2. Beitritt zur Klimaschutzagentur

Herbert Schauer:

„Der Kreis Rendsburg-Eckernförde wird nicht länger darauf angewiesen sein, dass Büdelsdorf der Agentur beitritt, denn dass gegründet wird, wurde mehrheitlich beschlossen. Aber natürlich ist es nicht egal, ob die Stadt Büdelsdorf einer Initiative beitritt -weder für die Agentur, noch für Büdelsdorf.“

Das Hauptargument der Opposition im Kreistag war die Umsatzsteuer, die beim Beitritt zur Agentur für einige Leistungen gezahlt werden muss. Diese würden aber genauso anfallen, wenn das Klimaschutzmanagement in der Regie der Kreisverwaltung weiterbestehen und für Büdelsdorf arbeiten würde. Das Argument kann also damit entkräftet werden. Und da nun aber eh nicht weiter über die Rechtsform diskutiert wird, steht dann nur zur Option, dass die Stadt Büdelsdorf den Klimaschutz selber in die Hand nimmt.

Für einen Beitritt zur Agentur spricht, dass aufgrund der besseren Personallage (die sich aufgrund von eingeworbenen Fördergeldern und mehr und mehr beitretenden Kommunen relativ schnell erhöhen wird) eine viel größere Expertise geboten werden kann (in bestimmten Fachgebieten und für bestimmte regionale Bereiche).

*Die Kommunen haben die Möglichkeit, sich mit anderen besser zu vernetzen oder Projekten beizutreten, die zusammen mehr Sinn machen und wirtschaftlicher sind (beispielsweise finanzielle Vergünstigungen für PV-Anlagen aufgrund der Menge, CarSharing mit Nachbargemeinden oder das Einrichten von CoWorkingPlaces, welches von Personen aus mehreren angrenzenden Gemeinden genutzt werden könnte). Wie so oft gilt auch hier: **Gemeinsam sind wir stärker!***

*Klar ist: **Büdelsdorf muss -wie jede andere Gemeinde- in Sachen Klimaschutz mehr tun, die Stadt muss sich die Frage stellen, wie die Sektoren Wärme, Mobilität, Elektrizität und Konsum in den kommenden 30 Jahren klimaneutral werden.***

Wer kümmert sich darum? Die Alternative zur Agentur wäre, eine eigene Stelle für einen Klimaschutzmanager/in zu schaffen, die/der dann aber alleine wäre (also weder das umfangreiche Know-How, noch die ManPower, noch das Netzwerk bieten könnte) und natürlich auch bezahlt werden muss. Neben dem umfassenderen Beratungsangebot ist der Beitritt zur Agentur also auch finanziell attraktiv.“

Die Fraktionen sind sich darin einig, der Klimaschutzagentur vorerst nicht beizutreten, schließen aber einen späteren Beitritt nicht aus. Die Stadt Büdelsdorf sei zur Zeit mit ihrem Gebäudebestand auf relativ hohem Klimaschutzniveau und habe mit der neu eingestellten Mitarbeiterin das Thema Klimaschutz abgedeckt, und vor Ort seien gute praktische Möglichkeiten zur CO²-Einsparung vorhanden. Herr Hinrichs gibt zu bedenken, dass die Stadt mittelfristig nicht um einem Beitritt zur Klimaschutzagentur herumkomme, weil die Stadt das Ziel der Klimaneutralität allein nicht erreichen wird. Allein die Festsetzung einheitlicher Standards und Maßstäbe könne nur im Regionalverbund geschehen und die Mobilisierung der Haushalte und Unternehmen erfordere einen hohen Beratungsaufwand.

Herr Wensierski (CDU) regt an, ähnlich wie im Kreis bei den Beschlussvorlagen in den Ausschüssen einen Vermerk bezüglich der Auswirkung auf die Finanzen und den Klimaschutz anzubringen. Diese Anregung findet breite Zustimmung.

Zu 3. Landesgartenschau

Herbert Schauer: „Die Vernichtung der Artenvielfalt wird von vielen Wissenschaftlern noch dramatischer eingeschätzt als die Folgen des Klimawandels. Beide Krisen sprechen für eine umfassende Information und Sensibilisierung der Bevölkerung - auch durch öffentliche Veranstaltungen – und die Ausstellung ökologischer nachhaltiger Entwicklungen im Garten- und Landschaftsbau. Sollte es gelingen einen geeigneten Veranstaltungsraum zu finden und die naturnahen Flächen in Rendsburg und der Region in ein ökologisch nachhaltiges Konzept einzubinden, so könnte die NaturFreunde sich mit einer großen Begeisterung für diese Idee erwärmen und würde ein aktives Eintreten der Stadt Büdelsdorf sehr begrüßen. Die in unserer Region befindlichen Moore, Heideflächen, Wälder und Unter- und Obereider mit ihren Zuflüssen sollten in ein umfassende ökologische Gesamtkonzept einbezogen werden und dann könnte eine Landesgartenschau auch eine Chance für Klimaschutz und eine nachhaltige Entwicklung unserer Umwelt sein.“

Zum Thema Landesgartenschau herrscht bei allen Fraktionen Einigkeit darin, neben den Chancen auch die Risiken im Blick zu behalten, besonders die Risiken hinsichtlich mangelnder Nachhaltigkeit in der ökologischen Ausrichtung des Konzeptes und im finanziellen Bereich. Gemeinsam warte man auf eine Einladung aus Rendsburg.

Am Ende wird von allen Beteiligten der Wunsch geäußert, dieses Gesprächsformat gern bei Bedarf fortzusetzen.

Henning Schmidt
Vorsitzender des UOV-Ausschusses

Büdelsdorf, 27. August 2020

An die Verwaltung
der Stadt Büdelsdorf
Fachbereich Bauen und Umwelt
z.Hd. Frau Schnoor

Antrag an den UOV für die Sitzung am 08. September 2020

Der vom Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr eingesetzte Arbeitskreis „Büdelsdorf: Fahrradfreundliche Stadt“ hat am 26. August folgende Beschlussvorlage für den UOV formuliert:

- „1. Der Ausschuss für Umwelt, Ortsentwicklung und Verkehr bekräftigt seinen Beschluss zur Verbesserung der Schulweganbindung durch Ausweisung der Strecke `Am Fischerende-Neuer Gartenweg mit Fortführung über die Ahlmannallee bis zur Ampel vor der Heinrich-Heine-Schule` zur Fahrradstraße.
2. Der I. Rickerter Weg wird fahrradfreundlich ausgebaut.
3. Es findet eine jährliche Überprüfung, Ausbesserung und Dokumentation der Radwege auf holprige Stellen, Wurzelwerk und Schlaglöcher statt.
4. Die Radwegführung vor der Bäckerei Drews wird entschärft.
5. Die Einführung von Tempo 30 für die Neue Dorfstraße wird auf Umsetzbarkeit geprüft.“

gez.

Henning Schmidt